

tribune

Das Magazin mit unternehmerischen Visionen

Editorial



Philip R. Baumann

Teilhaber

La Roche 1787, Privatbanquiers

prb@lrc.ch

Die erste tribune-Ausgabe des Jahres ist dem Finanzplatz Basel gewidmet, dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit gerne unterschätzt wird. Wie Rebekka Rufer und Michael Grass vom BAKBASEL aufzeigen, trägt der Finanzsektor mit einer Bruttowertschöpfung von rund 4 Milliarden Schweizer Franken mehr als 8 Prozent zum regionalen Bruttoinlandprodukt unserer Region bei. Sodann beleuchtet Renate Schwob, stv. CEO der Schweizerischen Bankiervereinigung, die Herausforderungen der Banken. Die Autorin unterscheidet zwischen Herausforderungen, die der Ehrgeizige als Daueraufgabe sieht, um sich zu verbessern, und Bedrohungen, die vielfach emotional gesteuert und politisch getrie-

ben sind. Wir tun gut daran, neuen Anforderungen an den Finanzsektor mit Augenmass und unter dem Blickwinkel des Erhalts guter Rahmenbedingungen in der Schweiz zu begegnen. In diesem Zusammenhang seien die Eigenmittelvorschriften von Basel III, die beabsichtigte MFID II Regulierung der EU oder die Forderung der FATF, Steuerdelikte als Vortat zur Geldwäscherei zu qualifizieren, genannt. Zum Thema «Bankenplatz Basel – heute und morgen» bat «tribune» drei Basler Bankenvertreter zu einem Roundtable-Gespräch. Sie waren sich darin einig, dass der Finanzsektor vor fundamentalen Veränderungen steht. Davor die Augen zu verschliessen, wäre kurzsichtig und dumm. Aber die Schweiz ist drauf und dran, durch vorausseilenden Gehorsam und einseitig verschärfte Anwendung internationaler Standards (sogenannter «Swiss Finish») einem florierenden Wirtschaftszweig die bisher guten Rahmenbedingungen zu entziehen. Wie sagt doch ein Sprichwort? Nur dumme Bauern schlachten ihre beste Milchkuh.

Finanz- und Bankenplatz Basel

2 Der Finanzplatz Basel aus volkswirtschaftlicher Sicht

4 Herausforderung für die Banken in einer schwierigen Zeit

6 Der Bankenplatz Basel – heute und morgen

Eine Publikation der Handelskammer beider Basel, der Advokatenkammer Basel und des Basellandschaftlichen Anwaltsverbands mit grosszügiger Unterstützung der Jubiläumstiftung La Roche & Co Banquiers

Der Finanzplatz Basel aus volkswirtschaftlicher Sicht



Michael Grass
Senior Economist, Mitglied der
Geschäftsleitung, BAKBASEL
michael.grass@bakbasel.com



Rebekka Rufer
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Finanzanalysen, BAKBASEL
rebekka.rufer@bakbasel.com

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Finanzplätze weltweit erschüttert; auch auf den Finanzplatz Basel ist sie nicht ohne Auswirkungen geblieben. Bei der Beurteilung der Folgen ist auch die Frage von Interesse, welche volkswirtschaftliche Bedeutung dem lokalen Finanzsektor zukommt.

Der Finanzplatz Basel blickt auf eine lange Geschichte zurück. Zu Zeiten der florierenden Basler Börse musste er auch den Vergleich mit Zürich nicht scheuen. Und auch wenn der Finanzsektor im Nachgang der Schliessung der Basler Börse und der Fusion von Schweizerischem Bankverein und Schweizer Bankgesellschaft zur UBS in den vergangenen zwei Dekaden in den Schatten der erfolgreichen chemisch-pharmazeutischen Industrie geraten ist, bildet die Finanzindustrie immer noch ein wichtiges Standbein der regionalen Volkswirtschaft.

Die volkswirtschaftliche Relevanz des Finanzsektors für die Region manifestiert sich darin, dass dieser mit einer Bruttowertschöpfung von rund 4 Milliarden Franken mehr als 8 Prozent zum regionalen Bruttoinlandprodukt der Region Basel (Basel-Stadt und Basel-Landschaft) beiträgt. Damit reiht sich die Finanzbranche unter die drei bedeutendsten Branchen der Region ein.

Am Standort Basel sind die Hauptsitze führender Versicherungsgesellschaften, die zu den wichtigsten Arbeitgebern der Region gehören. Insgesamt beschäftigt der Finanzsektor in der Region Basel über 15000 Personen. Das entspricht einem Anteil von rund fünf Prozent aller Erwerbstätigen der Region. Dass der Anteil der Erwerbstätigen geringer ausfällt als der Anteil an der Bruttowertschöpfung ist Ausdruck einer weiterhin überdurchschnittlichen Produktivität.

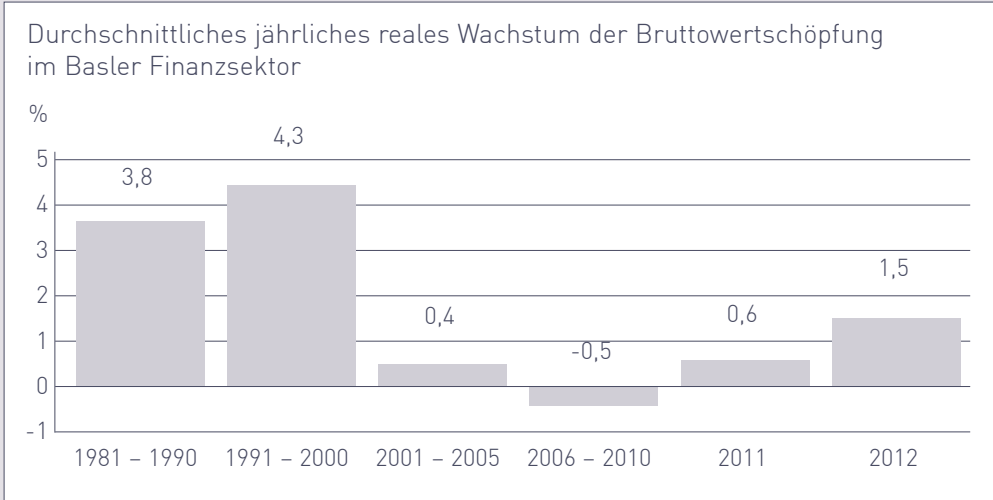
Vom Erfolg der Basler Banken und Versicherungen profitieren auch Unternehmen anderer Branchen. Einerseits beziehen die hier ansässigen Finanzunternehmen Waren und Dienstleistungen als Vorleistungen in ihrem Produktionsprozess

(IT-Services etc.). Zudem darf nicht vergessen werden, dass die Angestellten der Basler Banken und Versicherungen zu den überdurchschnittlich gut verdienenden Arbeitnehmern der Region zählen, von deren Konsumausgaben lokale Handels- und Gewerbebetriebe ebenfalls profitieren.

Drittgrösster Finanzplatz der Schweiz
In der Finanzbranche lässt sich seit längerem ein Konzentrationsprozess auf starke Finanzzentren beobachten. Darunter litt auch der Finanzplatz Basel, der seit Mitte der 1990er Jahre einen beachtlichen Bedeutungsverlust hinnehmen musste. Dennoch bleibt Basel – hinter Zürich und Genf – der drittgrösste Finanzplatz der Schweiz und trägt rund sieben Prozent zur Bruttowertschöpfung der gesamten

Facts & Figures zum Basler Finanzplatz

	2012
Erwerbstätige Personen	15355
Anteil an der Gesamtwirtschaft	4,8 %
Nominale Bruttowertschöpfung in Mio CHF	4102
Anteil an der Gesamtwirtschaft	8,4 %
Struktur des Basler Finanzsektors (Anteile an der Bruttowertschöpfung)	
Banken	45 %
Versicherungen	50 %
Sonstige Finanzdienstleistungen	5 %



Quelle: BAKBASEL

Schweizer Finanzbranche bei. Er geniesst nach wie vor eine besondere Stellung; davon zeugen die Sitze der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie der Schweizerischen Bankiervereinigung.

Gewichtige Versicherungen

Der Finanzsektor setzt sich aus den drei Subbranchen Banken, Versicherungen und Sonstige Finanzdienstleistungen zusammen. Letztere umfassen in der Region Basel hauptsächlich unabhängige Vermögensverwalter, Versicherungsmakler sowie die Schadens- und Risikobewertung. Anders als in führenden Finanzmetropolen wie London, Paris und weiteren, die fast ausschliesslich von den Banken dominiert werden, spielen in Basel die Versicherungen eine herausragende Rolle. Gut die Hälfte der Wertschöpfung des Finanzplatzes Basel wird von den Versicherungen generiert.

Gemessen an den Beschäftigten wird die Bankenbranche der Region Basel von den Grossbanken, den Kantonalbanken und den ausländisch beherrschten Banken geprägt. Damit verteilen sich die Gewichte innerhalb des Bankenplatzes Basel sehr ähnlich wie im Schweizer Durchschnitt. Eine überdurchschnittliche Bedeutung erlangen in Basel dagegen die Beteiligungsgesellschaften. Bei den Versicherungen fällt der herausragende Anteil der Unfall- und Schadensversicherer auf, der gegenüber der Schweiz stark überdurchschnittlich ausfällt. Die Krankenkassen spielen in Basel dagegen eine relativ geringe Rolle.

Überdurchschnittliche Dynamik

Der Finanzsektor der Region Basel wies gegenüber der Gesamtwirtschaft vor dem Jahr 2000 regelmässig eine überdurchschnittliche Dynamik aus. Im Durchschnitt legte die Basler Finanzwirtschaft zwischen 1980 und 2000 jährlich rund 4 Prozent zu (Gesamtwirtschaft 1980 – 2000: plus 2 Prozent pro Jahr). Die vergangene Dekade war vom Platzen zweier Finanzmarktblasen (2000/2001 und 2008) geprägt. Der Finanzsektor verzeichnete in diesem Zeit-

raum hohe Zuwachsraten, aber ebensolche Einbrüche, so dass er insgesamt stagnierte (Gesamtwirtschaft: plus 3 Prozent p.a.).

Im Vergleich mit dem nationalen Finanzsektor verzeichnet das Basler Finanzgewerbe ab Mitte der neunziger Jahre eine deutlich unterdurchschnittliche Performance. In der Periode 1995 – 2011 legten die Basler Banken etwa dreimal langsamer zu als diejenigen der Gesamtschweiz. Der damit einhergehende Bedeutungsverlust des Basler Finanzplatzes konnte jedoch seit dem Jahr 2000 aufgefangen werden. Vor allem das Versicherungsgewerbe wuchs wieder überdurchschnittlich, während sich bei den Banken der Abwärtstrend – wenn auch verlangsamt – fortsetzte.

Bei der Zahl der Erwerbstätigen entwickelte sich der Finanzsektor mit einer Zunahme von rund einem Prozent pro Jahr parallel zur Gesamtwirtschaft der Region Basel. Die Entwicklung war einer grösseren Wellenbewegung unterworfen, mit einem Anstieg von 1980 bis 1993 um gut die Hälfte und einem Einbruch um rund 20 Prozent im Zeitraum 1993 – 2000. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der Erwerbstätigen im gesamten Schweizer Finanzsektor relativ stetig jährlich um 1,7 Prozent zugenommen.

Grosse Herausforderungen

Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Rahmenbedingungen für das Banken- und Versicherungsgeschäft schwieriger geworden, sowohl in wirtschaftlicher (tiefe Zinsen) als auch in regulatorischer Hinsicht. Wertschöpfung und Beschäftigung gingen in dieser Periode denn auch leicht zurück. Die aktuelle regulatorische Umwälzung stellt das internationale Geschäft des Basler Private Banking vor grössere Herausforderungen. Ein längerfristig anhaltender Bedeutungsverlust der Banken als Kern eines Finanzplatzes könnte auch die noch starke Präsenz der Versicherer gefährden. Zwar erwartet BAKBASEL im Versicherungsgewerbe der

Region Basel auch zukünftig eine starke Performance; sie wird jedoch nicht ausreichen, um den Trend der letzten Jahre umzukehren. Der Finanzsektor der Region wird voraussichtlich weiterhin eine unterdurchschnittliche Dynamik aufweisen, sowohl im Vergleich zur Gesamtwirtschaft als auch im Vergleich zum Schweizer Finanzsektor.

Michael Grass

Senior Economist Michael Grass ist Mitglied der Geschäftsleitung von BAK Basel Economics AG, für die er seit 2002 tätig ist. Der diplomierte Volkswirt hat Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Statistik und Ökonometrie an der Universität Freiburg (D) studiert sowie den Diplom-Studiengang Vermögensmanagement an der Deutschen Immobilien-Akademie in Freiburg (D) absolviert. Er betreut vor allem Projekte im Bereich der empirischen Wirtschaftsforschung und der Entwicklung quantitativer Impact-, Simulations- und Prognosemodelle. Zudem ist er verantwortlich für die Analysen über den Schweizer Detailhandel (Konjunktur-/Strukturanalysen, Prognosen) sowie verschiedene nationale und kantonale Finanzhaushaltsmodelle.

Rebekka Rufer

Ist seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei BAK Basel Economics AG. Sie schloss ihr Studium der Volkswirtschaftslehre und allgemeinen Ökologie an der Universität Bern ab und betreut in erster Linie Projekte im Bereich Finanzsektor. Regional betreut sie die Kantone Zürich und Tessin, sowie die Länder Niederlande, Norwegen und Japan.

Herausforderungen für die Banken in einer schwierigen Zeit



Dr. iur. Renate Schwob
stv. CEO bei der
Schweiz. Bankiervereinigung
renate.schwob@sba.ch

In einem nicht enden wollenden Strom von negativen Ereignissen für die Finanzplätze dieser Welt finden sich auch die Banken in der Schweiz in einer schwierigen Umgebung. Auf eine finanzkrisenbedingte Verschärfung von Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften folgen konsumentenschutzbedingte Verschärfungen im Vermögensverwaltungsgeschäft. Wie ein Damoklesschwert schwingt die Schweizerische Nationalbank ihre Kompetenz zur Beantragung eines antizyklischen Puffers über dem schweizerischen Hypothekarmarkt. Und als sei dies alles nicht genug, stellen uns die Forderung der Financial Action Task Force nach einer Qualifizierung schwerer Steuerdelikte als Vortaten zu Geldwäscherei und die vom Bundesrat verkündete Weissgeldstrategie vor zusätzliche Herausforderungen. Wie meistert der Finanzplatz Schweiz diese gewaltigen Hürden für ein prosperierendes Bankgeschäft?

Herausforderungen zu meistern, ist für den Ehrgeizigen eine Daueraufgabe. Wie aber reagiert er, wenn Herausforderungen zu Bedrohungen werden? Herausforderungen zu meistern heisst, sich zu verbessern, die Qualität eigener Leistungen zu steigern, eigene Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Herausforderungen haben eine sachliche Komponente, mit der wir umgehen können. Bedrohungen hingegen sind anders, sachlich schwer fassbar, vielfach emotional gesteuert, politisch getrieben. Vor Herausforderungen stellen uns Regulierungen für den Finanzplatz, die, wenn sie zielgerichtet, zweck- und verhältnismässig sind, durchaus die Sicherheit und Stabilität eines Finanzplatzes, aber auch die Qualität von Leistungen und Produkten steigern können. Bedrohungen für den Finanzplatz

hingegen sind oft wettbewerbspolitisch begründet, vielfach von denen getrieben, die nicht gewillt oder nicht fähig sind, sich dem Wettbewerb zu stellen. Mit ihnen umzugehen ist sehr viel schwieriger. Dazu braucht es nicht nur fachliches, sondern auch politisches Geschick, dazu braucht es nicht nur die Banken, sondern auch die Politiker.

Neue Regulierungen als Herausforderung

Einige wenige Beispiele zeigen, welche Anforderungen an die Banken in risikopolitischer, finanzieller, organisatorischer und letztlich geschäftspolitischer Hinsicht gestellt werden.

Basel III

Die überarbeiteten Eigenmittelstandards des Basler Ausschusses basieren auf der Erkenntnis, dass besser kapitalisierte Banken das Finanzsystem robuster machen, dass eine einzig auf das Einzelinstitut gerichtete mikroprudenzielle Sicht nicht genügt, sondern auch die makroprudenzielle Perspektive auf das Finanzsystem einbezogen werden muss. Nicht allein die neuen Vorgaben, sondern der Eifer und die Geschwindigkeit, mit der sie, selbstverständlich versehen mit einem Swiss Finish für die beiden Grossbanken, in der Schweiz umgesetzt wurden, wecken Erstaunen. Regulatoren anderer Länder und auch die EU zögern bei der Umsetzung, die USA haben gar bereits verkündet, dass Basel II bei ihren Banken nicht umgesetzt werde, um sie nicht einem Wettbewerbsnachteil auszusetzen. Auch die Liquiditätsregeln sind bereits in der entsprechenden Verordnung vom Bundesrat verabschiedet worden und werden ab 1. Januar 2013 schrittweise umgesetzt. Die Neudefinition von Eigenkapital, die höheren Unterlegungssätze und die Vorgaben zur Liquiditätshaltung verlangen von den Banken umfassende Umsetzungsarbeiten, die sie kritisch auf jene Finanzplätze blicken lassen, welche eine schonende oder gar keine Umsetzung von Basel III ins Auge gefasst haben. Ob die rasche und strenge Umsetzung in der Schweiz sich darin niederschlagen wird, dass Banken in der Schweiz von Investo-

ren als besonders gut kapitalisiert, stabil und krisensicher wahrgenommen werden, wird sich zeigen.

MiFID II und FIDLEG

Bang ist in der Regel der Blick, den Schweizer Finanzintermediäre nach Brüssel richten: Ist die schweizerische Regulierung nun derjenigen in der EU gleichwertig und würde uns erlauben, im EU-Raum als gleichwertig regulierte und beaufsichtigte Marktteilnehmer tätig zu sein oder nicht? Die Frage stellt sich besonders dringend im Bereich der Regulierung der Finanzdienstleistungen. MiFID II droht das Crossborder-Geschäft aus Drittländern für Kunden in der EU, die nicht als professionelle Gegenparteien qualifiziert werden können, auszuschliessen, wenn Marktteilnehmer aus Drittländern nicht über Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften im EU-Raum verfügen. In der AIFM wurde festgelegt, dass Vermögensverwaltung für alternative Investmentfonds aus einem Drittland heraus nur möglich ist, wenn der Anbieter einer gleichwertigen Regulierung und Aufsicht untersteht. Deshalb wurde das Bundesgesetz über kollektive Anlagen angepasst. Mit Blick auf die Gleichwertigkeit wird nun in der Schweiz ein Finanzdienstleistungsgesetz ausgearbeitet, das sich an MiFID II orientiert. Für den Umgang mit Kunden bedeutet dies mehr Administration, mehr Aufwand, mehr Verantwortung, mehr Risiken, mehr Haftung. Der eigenverantwortliche Kunde, der sich selber kundig macht und seine Investitionsentscheide fällt, entspricht nicht mehr dem, was die Regulatoren vor Augen haben. Die Finanzkrise hat auch hier das Bild geändert.

FATF und Tax Crime

Unabsehbar sind die Probleme, die uns derzeit die Schuldenkrise in der EU und in den USA beschert. Im Februar 2011 hat die Financial Action Task Force, der internationale Trendsetter im Kampf gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, unter anderem die Forderung verabschiedet, die Mitgliedländer der FATF hätten schwere Steuerdelikte als Vortaten zu

Geldwäscherei zu qualifizieren. Seither bemüht sich das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen im EFD zusammen mit den Finanzintermediären, eine Definition einer Steuerstraftat zu finden, die den Vorstellungen der FATF gerecht wird. Die Aufgabe gestaltet sich umso schwieriger, als der Bund sich zum Ziel gesetzt hat, aufgrund entsprechender parlamentarischer Vorstösse parallel dazu das Steuerstrafrecht zu harmonisieren. Mit einem neuen Steuerdelikt einher gehen entsprechende Sorgfaltspflichten für die Finanzintermediäre – nicht nur für die Banken! –, die sie in die Lage versetzen sollen, ihrer Meldepflicht nach dem Bundesgesetz über die Verhinderung der Geldwäscherei nachzukommen. Die Umsetzung der FATF-Vorgaben wird eine Herausforderung sein.

Ob die vom Bundesrat im vergangenen Jahr verkündete Weissgeldstrategie eine Herausforderung oder eine Bedrohung des Finanzplatzes darstellt, ist schwierig zu beurteilen. Einmal sind die bundesrätlichen Vorstellungen hinsichtlich Massnahmen zur Abwehr unverteuerter Gelder noch zu wenig konkret. Zum anderen bewegt sich die Schweiz hier in eine Richtung, zu der sie nicht international oder von anderen Ländern gezwungen wird. Sie betritt, getrieben von der Politik, Neuland. Zwar hat man von anderen Finanzplätzen schon verschiedentlich Verlautbarungen gehört, die in eine ähnliche Richtung zielen, doch blieb es bislang bei Verlautbarungen oder dann bei einem Bekenntnis, das sich bei näherem Zusehen auf die europäischen und US Kunden begrenzte. Internationale Organisationen wie die OECD oder die FATF halten sich beim Thema «Abwehr unverteuerter Gelder» bislang wohlweislich zurück. Allzu schwer dürfte gewissen politisch schwergewichtigen Ländern das Bekenntnis fallen, dass ihre Banken fortan keine unverteuerten Gelder mehr entgegennehmen dürften, unabhängig von der Herkunft und dem Wohnsitz der Kunden. Das ist schade, denn in den Händen von internationalen Organisationen würde es eigentlich liegen, einen glaubwürdigen

internationalen Standard zu schaffen, der auch von denjenigen Ländern befolgt werden müsste, die sich nur auf ihre eigenen Bürger konzentrieren.

Eine Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang auch die Umsetzung der Abgeltungssteuerabkommen mit UK und Österreich dar. Als Mittel zur Bewältigung der Vergangenheit und zukunftssträchtige Alternative zum automatischen Informationsaustausch gedacht, haben sie mit der Ablehnung durch Deutschland zwar eine Zurücksetzung erfahren, keineswegs aber hat diese Ablehnung das Ende einer gut durchdachten Strategie eingeläutet. Allerdings wird es zunehmend schwieriger, eine Strategie zu verfolgen, wenn von politischer Seite laut über alternative Strategien nachgedacht wird. Der Hinweis, es werde nur laut gedacht und es dürfe keine Denkverbote geben, mutet reichlich naiv an. Das Festlegen und Verfolgen einer Strategie wird auf der politischen Ebene durch lautes Denken über andere Strategien grundsätzlich in Frage gestellt. Nachdenken ist nicht verboten, auf lautes Nachdenken zu verzichten zeugt von politischer Klugheit.

Alte und neue Bedrohungen

Mit Drohungen begegnen die USA der Konkurrenz. Sie ziehen allen Ländern die FATCA-Zwangsjacke an und drohen denjenigen Ländern, die wenig Begeisterung zeigen gegenüber dem Ansinnen, beim Steuereintreiben für die USA behilflich zu sein, mit dem Ausschluss vom amerikanischen Kapitalmarkt. Eine spezielle Drohkulisse halten sie bezüglich Banken in der Schweiz aufrecht, denen sie vorwerfen, ihren US-Kunden bei Steuerdelikten behilflich gewesen zu sein. Eine Drohkulisse baut auch die OECD regelmässig auf, wenn es darum geht, kleinere Länder gefügig zu machen für Anliegen der «Grossen». Schwarze und graue Listen sind ein probates politisches Mittel geworden, nicht nur die Finanzsektoren, sondern auch die Realwirtschaft gleichsam in Geiselhaft zu nehmen. Stets geht es dabei vordergründig um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung oder um die Verhinderung «unfairen»

Steuerwettbewerbs. Eigenartig mutet an, dass diese Phänomene nur in kleinen Ländern (OECD) bzw. nur bei eigenen Staatsangehörigen (USA) bekämpft werden müssen. Diese Vorgehensweisen noch als Herausforderung zu bezeichnen, wäre wohl nicht ganz korrekt. Ihnen kann auch nicht allein von Bankenseite entgegengetreten werden. Vielmehr braucht es hier die mutige Unterstützung der Politik.

Ausblick

Die gesamthafte Sicht der Dinge macht den Wert einer Strategie aus. Unser Problem, aber gleichzeitig auch unsere Stärke liegt darin, dass wir nicht nur unsere Lösungen in demokratischen Prozessen ausarbeiten, sondern dass wir sie stets auch aufs Sorgfältigste umsetzen. Dies im Gegensatz zu konkurrierenden Finanzplätzen, wo grosse Worte verkündet werden, aber denkbar wenig umgesetzt wird. Wenn diejenigen, die uns und unsere Qualitäten bewerten, sich dereinst auf die Bewertung der konkreten Umsetzung fokussieren, hat unser Finanzplatz trotz Herausforderungen und trotz Bedrohungen gewonnen.

Renate Schwob

Dr. iur., Fürsprech und Notar, stellvertretende CEO bei der Schweizerischen Bankiervereinigung, leitet den Bereich Finanzmarkt Schweiz. Dieser begleitet Regulierungsaktivitäten auf allen Stufen, ist für die Erarbeitung von Selbstregulierung für die Branche zuständig und beteiligt sich an der Ausarbeitung von Strategien für den Finanzplatz Schweiz. Schwerpunkte sind derzeit Basel III und Liquiditätsvorschriften, Retrozessionsproblematik, Finanzdienstleistungsgesetz, Geldwäscherei im Steuerbereich und Weissgeldstrategie.

Der Bankenplatz Basel – heute und morgen

Von der weltweiten Finanzkrise ist auch der Finanzplatz Basel betroffen. In der Bankenwelt ergeben sich aber unterschiedliche Probleme und Gewichtungen. «tribune» hat drei Vertreter verschiedener Bankbranchen zu ihren Problemen, Wünschen und Rezepten für die Zukunft befragt. Es sind dies der Privatbanquier Christoph B. Gloor, Teilhaber La Roche 1787 und Vizepräsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers, Hanspeter Hess, Direktor des Verbands Schweizer Kantonalbanken, und Samuel T. Holzach, Regionaldirektor Basel UBS AG und Präsident der Basler Bankenvereinigung.

tribune: Zu Beginn des Jahres 2013 ist die Börse im Aufwind, viele Branchen melden einen Aufwärtstrend, die Medien-Headlines zur Eurokrise sind weniger fett als auch schon. Täuscht dieses positive Bild?



Christoph B. Gloor: Der Markt wird zu optimistisch eingeschätzt. Warum die Börse derart boomt, kann man nicht wirklich nachvollziehen; die einzige Erklärung ist, dass ein Anlagenotstand herrscht und es keine Alternative zu den Aktien gibt. Die Schuldenkrise in Europa ist noch längst nicht ausgestanden und auch die Abgeltungssteuerproblematik ist nicht vom Tisch.

Samuel T. Holzach: Wir dürfen uns in der Tat nicht zu einem übermässigen Optimismus verleiten lassen. Die Situation bleibt meines Erachtens labil. Unsere gesamte Branche steht zurzeit unter Druck, nicht nur wegen der Schulden- und Steuerkrise beidseits des Atlantiks. Die Aussichten sind zwar besser als im Vorjahr. Aber von einer nachhaltig positiven Entwicklung kann noch nicht gesprochen werden.

Hanspeter Hess: Die Konjunktur hält sich, gemessen an den Erwartungen, relativ gut. Auch die Abschlüsse der Kantonalbanken, die schon vorliegen, sind solide. Aber viele Fragen und Probleme sind ungelöst: Die Abgeltungssteuer mit Deutschland, die Auseinandersetzung mit den USA, die Weissgeldstrategie des Bundes – da stehen überall noch mehr Fragezeichen als Häkchen, die man dahinter setzen könnte.

tribune: Welche Probleme beschäftigen Ihre jeweilige Branche – die Privat-, die Kantonal- und die Grossbank – am Anfang dieses Jahres speziell?

Gloor: Ein Problem ist die Regulierungsdichte, aber davon sind alle Banken betroffen. Problematisch ist, dass die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA alle über einen Leisten schlägt und keine Rücksicht nimmt auf Grösse und Geschäftsmodell einer Bank. Auch die Rechtssicherheit muss im Bankensektor wieder grösser werden. Kleinere Banken müssen weiterhin die Möglichkeit haben, ihre Kunden aus der Schweiz heraus zu betreuen. Dann die Abgeltungssteuer, die Weissgeldstrategie – die Liste unserer Probleme ist im Moment lang.

Hess: Kantonalbanken sind primär inland- und lokal orientiert. Für diese Banken ist es in der Tat schwer verständlich, dass sie als Folge der internationalen Finanzkrise beschlossene Massnahmen nun praktisch im selben Ausmass übernehmen müssen, obwohl sie nicht Verursacher der weltweiten Krise sind. Der Regulator muss bereit sein, hier zu differenzieren.

Holzach: Der Katalog der Herausforderungen ist für die Banken lang. Ich will aber auch positive Punkte erwähnen. Als Banken haben wir in der Schweiz dank einer intakten Wirtschaft und einem innovativen Umfeld hervorragende Rahmenbedingungen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie schnell unser Land auf sich abzeichnende Veränderungen reagieren kann, so auch die Banken. Dazu kommt ein insgesamt verlässliches politisches System.

tribune: Herr Holzach, Herr Gloor: Welche Rolle spielt bei der Beurteilung der genannten Probleme die Tatsache, dass Ihre Bank in Basel steht und nicht in Zürich?

Holzach: Die Grundprobleme sind überall etwa identisch. Aber wir haben in Basel sicher eine spezielle Ausgangslage, weil wir eine Grenzregion sind. Die Basler Banken, deren Präsident ich zurzeit bin, betreuen viele Kunden aus Deutschland und Frankreich, die hier ihr versteuertes Geld anlegen wollen, weil die Qualität, die Verlässlichkeit und die Diskretion der Schweizer Banken im Ausland bekannt sind. Diese Lage als Eingangstor zur Schweiz eröffnet zusätzliche Chancen. Auch die Zahl von knapp 6'000 Personen, welche die Nordwestschweizer Banken beschäftigen, unterstreicht die Wichtigkeit des Bankenplatzes Basel.

Gloor: Auch wir Privatbankiers profitieren von der grenzüberschreitenden Ausstrahlung Basels. Deshalb gibt es in unserer Stadt noch mehr Privatbanken als in der Schweizer Finanzhauptstadt an der Limmat. Wir sind in unserer ganzen Geschichte immer schon international ein- und aufgestellt gewesen. Nach Deutschland ist Frankreich in Basel der grösste Markt. Und es gereicht Basel zum Vorteil, dass es noch nicht so «overbanked» ist wie Zürich.

tribune: Hat die Basler Kantonalbank BKB eine andere Ausgangslage als die Zürcher oder die Berner, Herr Hess?

Hess: Die regionale Verankerung gehört zu jeder Kantonalbank, sie ist ein Teil ihrer Geschichte. Speziell an Basel ist vielleicht,



dass der Verband der Kantonalbanken hier seinen Sitz hat. Die BKB ist deswegen aber nicht privilegiert. Jeder Kanton hat seine Eigenheiten, einen Konkurrenzkampf zwischen den Finanzplätzen gibt es bei nicht.

tribune: Was bedeuten nun die Regulatoren, die Weissgeldstrategie des Bunderats, die MiFID II-Regulierung der EU, aber auch die bereits erwähnten FINMA-Regulierungen für Ihr jeweiliges Geschäft?

Gloor: Was die Weissgeld-Strategie betrifft, begrüßen wir sehr, dass man hier auf die Eigenverantwortung der Bank setzt und es jeder einzelnen überlässt, wie sie die Einhaltung der Steuerehrlichkeit überwachen will. Eine Grossbank muss andere Mechanismen einbauen als eine kleinere. Das Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) eröffnet auch Chancen. Wenn man gewisse MiFID-Regeln akzeptiert, kann man mit der EU darüber verhandeln, ob die Schweizer Banken andere Vorschriften, insbesondere die einer Präsenz vor Ort, vielleicht nicht übernehmen müssen.

Hess: Am Beispiel der Abgeltungssteuer mit Österreich zeigt sich, was die neuen Vorschriften bewirken können. Dieses Abkommen haben nicht alle Kantonalban-

ken umgesetzt, weil damit grosse Kosten verbunden sind. Also haben sich einige aus betriebswirtschaftlichen Gründen aus dem österreichischen Markt ganz zurückgezogen, weil er nicht mehr rentierte. Das ist in gewisser Weise paradox: Das Abkommen soll ein Befreiungsschlag sein, führt aber konkret dazu, dass kleine Banken einen Markt verlieren.

tribune: Mit welchen Konzepten gehen die Banken in die Zukunft?

Holzach: Zuerst einmal ist es wichtig, dass wir einen guten, seriösen und bodenständigen Schweizer Markt als Grundlage für unsere Geschäfte haben. Wir müssen wieder zurückfinden zu den Werten seriösen Bankings, die zwischenzeitlich da und dort etwas in Vergessenheit geraten sind. Wir alle müssen unsere Geschäftsmodelle auf die neuen Anforderungen anpassen, auch auf diejenigen, die aus dem Ausland an uns gestellt werden. Die Regulierungen, die man den Banken auferlegt, sind einschneidend und teuer. Sie fordern eine kleine Bank mehr als eine grosse.

Hess: Die Rezepte liegen nicht pfannenfertig in der Schublade. Zurzeit dreht sich alles um die Steuerehrlichkeit der Kunden. Banking ist aber sehr viel mehr. Für unse-

re Kundinnen und Kunden bedeutet Banking die Möglichkeit, Geld anzulegen, eine Hypothek zu erhalten oder einen Kredit für ihre KMU aufnehmen zu können. Das sind wesentliche Funktionen. Die Politik muss sich vermehrt bewusst werden, dass sie mit einem Übermass an undifferenzierter Regulierung diese für die Schweizer Volkswirtschaft wichtigen Funktionen gefährdet».

Gloor: Konzepte zu erarbeiten ist in der heutigen Zeit schwierig. Wir sollten uns bewusst sein, dass wir jetzt in eine neue Welt gehen, und diese müssen wir akzeptieren wie sie ist. Wehren können wir uns nicht, aber wir können und sollten die Situation als Chance verstehen und uns auf sie einstellen. Wenn man sich jetzt richtig aufstellt und die neue Welt akzeptiert, braucht man vor der Zukunft keine Angst zu haben.

tribune: Und welches sind Ihre Wünsche an die anderen «Players» im Bankenumfeld wie Mitbewerber, Medien, Kunden und Öffentlichkeit?

Gloor: Für mich wäre viel gewonnen, wenn die Regulatoren wieder mehr Verständnis für die verschiedenen Geschäftsmodelle
(Fortsetzung auf Seite 8)



v. l. Christoph B. Gloor, Hanspeter Hess, Samuel T. Holzach, Roger Thiriet

zeigten und die Gesprächskultur im Umgang mit ihnen besser würde. Bei jenen Politikern, mit denen wir in Kontakt stehen, stellen wir eine grosse Fach- und Sachkompetenz fest. Wir haben auf der andern Seite immer dieselben Kritiker, die nicht akzeptieren und sehen wollen, was sich verbessert hat. Die Berichterstattung der Medien ist korrekt. Wenn ich einen Wunsch hätte, wäre es der, dass auch die Öffentlichkeit anerkennt, dass ein Umdenken stattgefunden hat und dass es einfach auch eine gewisse Zeit braucht, um das Vertrauen wieder zu erarbeiten.

Holzach: Mein grösster Wunsch richtet sich an uns selber. Wir müssen die neue Bankenwelt aktiv mitgestalten und unser Umdenken auch umsetzen. Dann schaffen wir es auch, dass die Öffentlichkeit die positiven Veränderungen in der Bankenlandschaft erkennt und anerkennt. In den vergangenen vier Jahren ist viel passiert, aber wir sind noch nicht dort, wo wir sein wollen. Mit dem Umbau des Investment Bankings sind wir auf dem richtigen Weg. Leider passieren zwischendurch immer

wieder inakzeptable Vorfälle – Stichwort Libor –, die uns alle sehr betroffen machen. Vorfälle, mit denen – da bin ich überzeugt – Axel Weber, aber auch Sergio Ermotti rigoros aufräumen werden. In diesem Zusammenhang vielleicht ein Wunsch ganz allgemein: Manchmal mag man das «Banken-Bashing» gar nicht



mehr lesen. Es sind immer wieder dieselben alten Leiern, auf denen da gespielt wird. Die Aufgaben sind verteilt; jetzt sollten wir miteinander in die Zukunft schauen und nicht länger auf der Vergangenheit herumreiten.

Hess: Im internationalen Kontext wünschen wir Kantonalbanken uns, dass die Schweiz erfolgreich eine Position sucht, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz und der dort tätigen Banken garantiert, gleichzeitig aber auch eine Positionierung findet, welche das Ausland versteht und akzeptiert. Solche Lösungen gibt es, man muss sie einfach mit viel Geduld erarbeiten. Wichtig ist aber auch, dass man sich so positioniert, dass man als Branche nicht wieder nach kurzer Zeit unter Druck gerät. Eine nachhaltige Position ist gefragt, von der man überzeugt ist und die man dann auch verteidigt. Dazu braucht es das Mittragen und eine möglichst breite Abstützung in der ganzen Bankenbranche.

(Interview: Roger Thiriet)

IMPRESSUM Nummer 1/2013, erscheint viermal jährlich.

HERAUSGEBER: Handelskammer beider Basel (info@hkbb.ch), Advokatenkammer Basel, Basellandschaftlicher Anwaltsverband (sekretariat@advokaturbahnhof.ch) grosszügig unterstützt von der Jubiläumsstiftung La Roche & Co (jubilaumsstiftung@larochebanquiers.ch)

REDAKTION: Dr. Philip R. Baumann, Dr. iur. Alexander Filli, Dr. iur. Roland Gass, Dr. iur. Urs D. Gloor, Martina Hilker, MLaw Andrea Tarnutzer-Münch, lic. phil. I Roger Thiriet

LAYOUT: Elmar Wozilka, Handelskammer beider Basel, Druck: bc medien ag, Münchenstein

ADRESSE: «tribune», Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel Telefon: +41 61 270 60 61 Telefax: +41 61 270 60 65 E-mail: tribune@hkbb.ch

Tribune ist eine offizielle Publikation der herausgebenden Organisationen für deren Mitglieder.

Der Abonnementspreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Für Nichtmitglieder kostet das Jahresabonnement CHF 20.–

AZB

CH-4010 Basel
P.P / Journal

tribune